

Die indische Justiz weist mörderische Machtpolitiker in die Schranken

Lebenslange Haft für Anstiftung zu einem Massaker an Tausenden von Sikhs vor 34 Jahren

BRITTA PETERSEN, DELHI

Das Oberste Gericht Indiens hat in einem historischen Urteil führende Mitglieder der ehemals regierenden Kongresspartei zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Das Gericht befand den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Sajjan Kumar und fünf weitere Politiker für schuldig, 1984 an einer Verschwörung beteiligt gewesen zu sein, die zum Massenmord an rund 3500 Angehörigen der Sikh-Religion geführt hatte.

Die Pogrome in der indischen Hauptstadt Delhi und in der an Pakistan grenzenden Provinz Punjab bezeichnete das Gericht als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit». Das Urteil, das den Angehörigen der Opfer mit 34 Jahren Verspätung Gerechtigkeit verschafft, wirft ein grelles Licht nicht nur auf das dunkelste Kapitel in der Geschichte der Kongresspartei, sondern auf die gesamte politische Klasse Indiens.

Heuchler schwingen Moralkeule

In der mehr als 200 Seiten dicken Urteilsbegründung weist das Oberste Gericht auf ein «gemeinsames Muster» von politisch motivierten Massenmorden in Indien hin und verweist auf die Pogrome in Mumbai 1993, Gujarat 2002, Odisha 2008 und Uttar Pradesh 2013 als Beispiele. In all diesen Fällen seien «Minderheiten durch politische Akteure in Zusammenarbeit mit den lokalen Sicherheitsbehörden» zu Zielscheiben gemacht worden.

«Die Kriminellen, die die Massenmorde begangen haben, genossen politische Deckung», heisst es in der Urteilsbegründung weiter. Sie hätten sich dadurch der Strafverfolgung während Jahrzehnten entziehen können. Das Oberste Gericht fordert eine Stärkung der Justiz. Unter Verweis auf andere Fälle im Ausland, etwa den Völkermord an den Juden während der Nazizeit, forderte das Gericht eine rechtliche Regelung für «Aufstände, die in den Bereich des Genozids» fallen.



Ein Mob in Delhi fackelt 1984 das Geschäft eines Sikh ab.

BEDI / GETTY

Für die oppositionelle Kongresspartei kommt das Urteil in einem ungünstigen Moment. Sie hat vergangene Woche bei mehreren Wahlen in Gliedstaaten zum ersten Mal seit dem Wahlsieg von Premierminister Narendra Modi und seiner Bharatiya Janata Partei (BJP) 2014 wieder reüssiert. Gegenüber Modi hat sie sich stets auf das hohe Ross der Moral gesetzt, indem sie ihm vorwarf, eine antimuslimische Stimmung im Land zu schüren und für die Ermordung von rund 2000 Muslimen im Jahr 2002 in dem damals von ihm regierten Gliedstaat Gujarat verantwortlich zu sein.

Dabei hat die Kongresspartei in der Vergangenheit nichts dafür getan, die Massaker an den Sikhs aufzuklären. Die Partei stellte die Pogrome, bei denen unschuldige Menschen zum Teil bei lebendigem Leibe verbrannt wurden, als spontane Rache des Volkes für die Ermordung von Premierministerin Indira Gandhi durch ihre Sikh-Leibwächter im Oktober 1984 dar.

Gandhi-Mord und Rache

Mit dem Mord an Indira Gandhi hatten die Leibwächter Rache genommen für einen als «Operation Blauer Stern» bekanntgewordenen Militäreinsatz im wichtigsten Heiligtum der Sikh-Religion, dem Goldenen Tempel in Amritsar. Dort hatte sich der Sikh-Separatistenführer Jarnail Singh Bhindranwale mit seinen Leuten verschanzt, um sich der Verhaftung zu entziehen.

Bhindranwale wollte mit seiner «Khalistan-Bewegung» die Sikhs in einem eigenen Staat zusammenführen. Seine Terroraktivitäten wurden von Pakistan unterstützt und kosteten über 400 Menschen das Leben. Die Entscheidung von Premierministerin Indira Gandhi, das Militär gegen Bhindranwale einzusetzen, wird deshalb bis heute von vielen Indern befürwortet. Die Sikhs aber betrachten die «Operation Blauer Stern», bei der der goldene Tempel massiv beschädigt wurde, als Angriff auf ihre Religion.

Bei den Pogromen, die der Ermordung Gandhis folgten, kamen fast ausschliesslich Unschuldige ums Leben, die weder mit Bhindranwale noch mit dem Militäreinsatz etwas zu tun hatten. Die Angriffe richteten sich willkürlich gegen Sikhs. Jeder, der einen Turban trug, war in Gefahr, vor allem in Delhi, wo mehr als 2000 Menschen ermordet wurden.

Im «Indira Gandhi Memorial» in Delhi – gezeigt wird unter anderem der blutverschmierte Sari der ermordeten Regierungschefin – wird mit keinem Wort auf die kontroverse Geschichte oder die unschuldigen Opfer unter den Sikhs hingewiesen.

«Endlich waltet Gerechtigkeit»

Der Chief Minister des Teilstaates Punjab, der Kongresspolitiker Amarinder Singh, begrüsst am Montag die Verurteilung seines Parteikollegen Sajjan Kumar. «Endlich waltet Gerechtigkeit», sagte Singh. «Sajjan wurde von vielen Opfern, die ich getroffen habe, als Drahtzieher genannt, und ich war immer der Auffassung, dass er bestraft werden muss.»

Die BJP liess sich am Montag das Vergnügen nicht nehmen, die Kongresspartei an den Pranger zu stellen. Der BJP-Chef Amit Shah dankte Premierminister Narendra Modi für die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die sich seit 2015 mit den bei Gericht ungeklärten Fällen befasst. «Die Opfer von 1984 hatten alle Hoffnung verloren, weil die Täter von der Kongresspartei geschützt wurden», so Shah. «Das Erbe von 1984 hängt wie ein Mühlstein am Hals der Kongresspartei und der Gandhi-Familie», sagte Finanzminister Arun Jaitley.

Den Mühlstein am Hals seiner eigenen Partei erwähnte der Finanzminister nicht, nämlich die Massaker an Muslimen im Teilstaat Gujarat 2002, die in der Tat einem ähnlichen Muster folgten. Derzeit scheint in Indien das Oberste Gericht die einzige Instanz zu sein, die skrupellose Machtpolitiker in die Schranken weisen kann.

Japan entdeckt die Immigration

Die alternde Gesellschaft kommt nicht mehr ohne ausländische Arbeitskräfte aus – aber viele Japaner blieben lieber unter sich

MARTIN FRITZ, TOKIO

In einem Konbini, einem der unzähligen Minisupermärkte in Tokio, hat der Kassierer Bijay gerade einen Kunden bedient. Seine Kollegin weist ihn danach zurecht: «Du hast vergessen, «Kashikomarimashita» zu sagen!» Der Kassierer nickt eifrig und übt noch einmal halblaut die schwer auszusprechende Höflichkeitsformel, die «Ganz zu Ihren Diensten» bedeutet.

Bijay stammt aus Nepal, seine Kollegin Pham, die ihn auf Japanisch einarbeitet, aus Vietnam. Zwei Ausländer an der Kasse eines Konbini – das gab es in Japan noch vor wenigen Jahren kaum. Heute arbeiten 55 000 Ausländer allein im Detailhandel. Beim Marktführer 7-Eleven stellen sie schon mehr als 7 Prozent des Personals. Insgesamt hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte seit 2012 auf 1,28 Millionen verdoppelt.

Bis anhin war der japanische Arbeitsmarkt für ausländische Arbeiter nahezu geschlossen. Nur gerade 19 Prozent der in Japan arbeitenden Ausländer haben ein Visum für Facharbeiter. Weitere 23 Prozent haben ein Studentenvisum, 20 Prozent kamen als sogenannte «technische Praktikanten». Die restlichen sind mit einem Japaner oder einer Japanerin verheiratet. Ab April 2019 will Japan erstmals ganz offiziell ausländische Arbeitskräfte anlocken und in den

nächsten fünf Jahren bis zu 345 000 Arbeitsvisa vergeben.

Diese Ausländer sollen in 14 Bereichen arbeiten, die wegen der Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft besonders unter Personalmangel leiden. Dazu gehören die Altenpflege, die Landwirtschaft, Restaurants und der Schiffbau. Bisher hielt Japan die Tür für Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge verschlossen. Das Visum für «Praktikanten» war ein durchsichtiges Deckmäntelchen, unter dem niedrigqualifizierte Arbeitskräfte schufteten und dabei kaum etwas lernten.

Roboter wären vielen lieber

Mit der Öffnung geht Japan jetzt in die entgegengesetzte Richtung von westlichen Ländern, die als Reaktion auf populistische Kräfte die Zuwanderung begrenzen. Doch das heisst noch lange nicht, dass Japan eine multikulturelle Gesellschaft anstrebt. Im Gegenteil: Für den nationalistischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe wäre das ein Albtraum. Seine Regierung will keineswegs viele Ausländer ansiedeln. Vielmehr wünscht sie sich klassische Gastarbeiter auf Zeit. Darum vermeidet Abe das Wort «Einwanderung» in seinen Erklärungen tunlichst.

Dass Menschen kommen, wenn man Arbeitskräfte holt – wie Max Frisch einst sagte –, hat die Regierung Abe noch nicht begriffen. Eigentlich würde sie so-

wieso lieber Roboter als Ausländer beschäftigen. Ein offizielles Strategiepapier mit dem Titel «Gesellschaft 5.0» sagt das offen. Aber leider sind die Maschinen noch nicht fähig genug. Also setzt das neue Arbeitsprogramm so wenig Anreize zum Bleiben wie möglich. Das Visum für die einfachen Arbeiter ist auf fünf Jahre begrenzt. Ihre Familien dürfen die Arbeiter nicht mitbringen. Sozialleistungen werden erst gar nicht erwähnt.

Die ablehnende Haltung spiegelt die soziale Realität. «Japans Gesellschaft ist auf Einwanderer mental nicht vorbereitet», sagt die Soziologin Barbara Holthus vom Deutschen Institut für Japanstudien in Tokio. Die Abschottung vom Ausland habe eine lange Tradition und sei teilweise durch die Insellage bedingt. Und in den letzten Jahrzehnten hätten die Medien das negative Bild der Fremden verstärkt.

Presseberichte über spektakuläre Verbrechen wie die Tötung einer japanischen Familie durch drei chinesische Studenten im Jahr 2003 in Fukuoka betonten die ausländische Herkunft der Täter, wie eine japanische Soziologin nachgewiesen hat.

Die Vorurteile reichen weit zurück. Während der Edo-Zeit vom frühen 17. bis Mitte des 19. Jahrhunderts schottete sich Japan hermetisch von der Aussenwelt. Danach machten die Meiji-Reformer die Inselbewohner, die sich bis dahin Clans und Regionen zugehörig fühlten, zu Untertanen des Kaisers und pro-

pagierten zum Zwecke der nationalen Einheit eine ethnische Homogenität.

Das prägt das japanische Selbstbild bis heute. Japaner, die einen japanischen und einen ausländischen Elternteil haben, heissen «Hafu» – weil sie eben nur halb japanisch sind. Besonders schwer haben es jene mit dunklerer Hautfarbe. Sogar berühmte Halbjaner wie die Tennisspielerin Naomi Osaka und das Model Ariana Miyamoto leiden unter Anfeindungen. Auch nach mehreren Generationen im Land gelten Ausländer noch nicht als Japaner. So etwa gelten die Nachkommen von Koreanern, die während der Kolonialzeit und im Krieg nach Japan kamen, bis heute als Ausländer.

Olympia 2020 zieht Kreise

Zu einem grossen Aufschrei gegen die Regierungspläne ist es trotzdem nicht gekommen. Eine Demonstration Mitte Oktober in Tokio zog nur etwa einhundert Teilnehmer an, fast alles Männer. Sie schwenkten Nationalflaggen und skandierten Parolen gegen die neuen Arbeitsvisa für Ausländer. «Die Regierung soll sich zuerst um arbeitslose Japaner kümmern», forderte Organisator Mikio Okamura von der Kleinpartei Japan First.

Laut Meinungsumfragen scheint sich die Bevölkerung allerdings mit dem Bedarf nach ausländischen Arbeitskräften abzufinden: Mehr als die Hälfte unter-

stützt den Ausländerzuzug. Bei einer Umfrage von TV Tokyo zeigte sich jedoch ein deutlicher Graben zwischen den Generationen: 65 Prozent der 18- bis 29-Jährigen waren für die Zuwanderung, aber nur 42 Prozent der über 70-Jährigen. Ein Junger Mann auf einer Einkaufsstrasse in Tokio fasst die gemischten Gefühle der Bevölkerung zusammen: «Die Regierung braucht wegen Olympia 2020 dringend mehr Arbeitskräfte, aber wir sind nicht vorbereitet auf massenhafte Einwanderung.»

Am grössten ist der Mangel an Arbeitskräften ausserhalb der Metropolen. Doch dort ist man auch am wenigsten dem Umgang mit Ausländern gewohnt. Auf dem Land und in Kleinstädten fehlt vielen Betrieben und Dienstleistern so viel Personal, dass Ausländer zur letzten Hoffnung geworden sind. Kommen die nicht, drohen die Unternehmen einzugehen.

«Japaner gehen lieber in die Grossstadt, weil sie dort mehr verdienen», sagt Akihiro Sugiura, der Manager des Gogaku Hotel in Uchinomaki nahe dem Vulkan Aso, weit im Süden Japans. Kürzlich hat er einen Taiwaner eingestellt und damit einen Schritt getan, den viele scheuen. «Bisher haben wir noch nie einen Ausländer beschäftigt», gesteht er skeptisch. Falls der neue Mitarbeiter aber fleissig lerne und sich gut einfüge, werde sein Hotel sicher noch mehr ausländische Arbeitskräfte nehmen.